

Daß Saassen das Amt des Regierungspräsidenten im Saarland letztlich nicht ausübte, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß im Zuge der Rücksichtnahme auf die Abstimmung im Saargebiet im angrenzenden Regierungsbezirk Trier bei Personalveränderungen auf Bürgermeister- und Landratsebene nur geringfügige Veränderungen vorgenommen worden waren. Dabei war auch der 'Exponent des politischen Katholizismus' in der Westmark, der Regierungspräsident Dr. Saassen"<sup>9</sup>, nicht ersetzt worden. Ihm war im Gegenteil durch Aufnahme in die Partei Gelegenheit gegeben worden, "mit der Bewegung und der nationalsozialistischen Idee in engere Fühlung zu gelangen"<sup>10</sup>. Gauleiter Simon im Gau Koblenz-Trier-Birkenfeld betrachtete am 11. Februar 1935 dieses Vorhaben als gescheitert, sei Saassen doch innerlich Zentrumsmann geblieben<sup>11</sup>. Aufgrund dieser Einschätzung hatte Simon bei Göring Saassens Ablösung verlangt, so daß eine gleichzeitige Betrauung mit dem Amt des Regierungspräsidenten im neuen "Reichsland" Saarland ja gerade eine Aufwertung bedeutet hätte.

Anfang Februar scheint von seiten der Reko durch Morize dem Auswärtigen Amt mitgeteilt worden zu sein, "daß die Reko die Schaffung und Beibehaltung einer Abwicklungsstelle (für die Überleitung der Verwaltung des Saargebietes) im Saarland nach dem 1. März für notwendig halte"<sup>12</sup>, ähnlich den Übergabemodalitäten 1920, und daß sie dem Dreierkomitee einen entsprechenden Antrag vorgelegt habe. Dieser Plan wurde von der Deutschen Regierung abgelehnt, beinhaltet er doch eine Einflußnahme auf deutsche Belange über den Rückgabetermin hinaus. Entsprechende vorbereitende Maßnahmen, um "den Geschäftsbetrieb der inneren Verwaltung zu erleichtern"<sup>13</sup> oder Informationen zur derzeitigen Rechtssituation an der Saar zu erhalten<sup>14</sup>, waren von Reichsseite aus bereits in den Wochen vor der Abstimmung veranlaßt worden, nicht zuletzt mit dem von der Reichsregierung in Auftrag gegebenen Buch, "Recht und Verwaltung im Saargebiet", von H. Westhoff. Daher vertrat man jetzt die Auffassung, die Überleitung zügig abwickeln zu können und keine weitere Einmischung zu dulden.

---

<sup>9</sup> Schr. des Gauleiters G. Simon des Gaues Koblenz-Trier-Birkenfeld an den Preuß. Min.Präs. H. Göring v. 11.2.1935. BA Koblenz, Best. R 43 I/257.

<sup>10</sup> Schr. v. 11.2.1935. Ebd.

<sup>11</sup> "Für ihn ist nicht der Nationalsozialismus das Höchste, sondern der Katholizismus. Nicht die Idee der nationalsozialistischen Gedankenwelt füllen sein Inneres aus, sondern die Dogmen der katholischen Kirchenmacht. Nicht der Deutsche Adolf Hitler, sondern der römische Papst ist ihm die höchste Autorität." Schr. v. 11.2.1935. Ebd. Zur "Ersetzung" durch Ph. W. Jung s. IV. Kap. 2.1.

<sup>12</sup> Aufzeichnung eines Telegramms Bergers aus Basel v. 3.2.1935. AA..betr. Die Rückgliederung des Saargebietes 1935, Bd. 2.

<sup>13</sup> Schr. mit Übersichtskarte der saarl. Verwaltungseinheiten des Staatsmin. d. Innern, München, an die Regierung in Speyer v. 1.12.1934. LA Speyer, Best. Bez.Amt Kusel, Nr. 1.416 I, Bl. 269f.

<sup>14</sup> Schr. d. Präsidiums der Reg. der Pfalz an die Bez.Amts-Außenstelle Waldmohr v. 21.1.1935, betr. Vorbereitung des Buches von H. Westhoff, "Recht und Verwaltung im Saargebiet", Trier 1934. LA Speyer, Best. Bez.Amt Kusel, Nr. 1.416 I, Bl. 256.